

Kurz berichtet



Sperrung auf der A 8.

FOTO: THOMAS HECKMANN

Autobahn 8 in Richtung Stuttgart über das Wochenende wegen Arbeiten gesperrt
MERKLINGEN (thhe) - Von Donnerstag, 22 Uhr, bis Montag, 5 Uhr, ist die Autobahn 8 ab Merklingen in Fahrtrichtung Stuttgart voll gesperrt, auch die Ein- und Ausfahrt Hohenstadt ist gesperrt. Fahrzeuge können erst ab Mühlhausen im Täle wieder auf die A 8 fahren. Der Verkehr in Richtung München ist nicht betroffen. Der verschlissene Fahrbelag wird abgefräst, größtenteils recycelt und wieder neu aufgebracht. Um die insgesamt vier Kilometer Fahrbelag sanieren zu können, wird rund um die Uhr gearbeitet. Während der Sperrung wird der überörtliche Verkehr ab Ulm-West über die B 10 bis nach Plochingen und dann über die B 313 an der Ausfahrt Wendlingen wieder auf die A 8 Richtung Stuttgart geleitet. Die Autobahn GmbH empfiehlt auch eine weiträumige Umleitung ab dem Kreuz Ulm/Elchingen über die A 7 und A 6 in Richtung Heilbronn/Mannheim. Der örtliche Verkehr wird in Merklingen ausgeleitet und auf der U 6 durch mehrere Albgemeinden hindurch nach Mühlhausen geleitet.

Vier Verletzte nach Dachstuhlbrand in Esslingen

ESSLINGEN (dpa) - Vier Menschen sind bei einem Dachstuhlbrand in der Esslinger Innenstadt leicht verletzt worden. Die Flammen brachen am frühen Mittwochmorgen auf dem Balkon eines historischen Fachwerkhäuses aus, wie ein Polizeisprecher mitteilte. Wenig später brannte der gesamte Dachstuhl des Mehrfamilienhauses. Die Ursache des Brandes war zunächst unklar. Es entstand ein Schaden von rund 500 000 Euro.

Kommunen wegen Flüchtlingslage an Belastungsgrenze

STUTTGART (dpa) - Angesichts der zunehmend stärker steigenden Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine und weiteren Ländern suchen die Städte und Gemeinden verzweifelt nach Wohnungen und Schlafplätzen für Tausende von Menschen. „Die Lage ist ausgesprochen ernst“, sagte die baden-württembergische Migrationsministerin Marion Gentges nach einer Schalte mit Hunderten von Vertretern aus den Kommunen. Diese seien nach eigenen Angaben „an der Belastungsgrenze“, zitierte Gentges aus der Schalte. Die CDU-Politikerin schloss nicht aus, dass erneut Turnhallen, leerstehende Hostels, Hotels oder Einrichtungen auf Campingplätzen genutzt werden müssten.

Sohn tötet Mutter in Bruchsal, Mann in Untersuchungshaft

BRUCHSAL (dpa) - Weil er seine eigene Mutter getötet haben soll, ist ein 42 Jahre alter Mann in Untersuchungshaft gekommen. Der Sohn sei in der gemeinsamen Wohnung in Bruchsal mit der 62-Jährigen in Streit geraten, teilte die Polizei am Dienstag mit. Er soll sie vermutlich durch Ersticken oder Erwürgen getötet haben. Der Mann wurde vor Ort festgenommen. Das Motiv für die Tat war zunächst unklar.

Polizeitaucher in der Enz suchen nach Spuren im Fall der toten 17-Jährigen

MARKGRÖNINGEN (dpa) - Zehn Polizeitaucher haben in der Enz bei Markgröningen (Kreis Ludwigsburg) nach Beweisen im Fall der tot aufgefundenen 17-Jährigen gesucht. Die Sonderkommission hofft auf neue Hinweise, wie ein Polizeisprecher am Mittwoch sagte. Die tote Jugendliche war Mitte Juli nach ihrem Verschwinden nahe der Enz gefunden worden. Ein 35 Jahre alter Syrer kam wegen Verdachts auf ein Tötungsdelikt in Untersuchungshaft.



So könnte es aussehen, wenn die Gleise am Bahnhof Bregenz unter die Erde verlegt werden – als Teil eines gut elf Kilometer langen Bahntunnels zwischen Wolfurt und der Grenze bei Lindau.

FOTO: MEHRAMSEE/OH

Vorarlberg will kein Stuttgart 21 haben

In Bregenz wird über die Pläne der Bahn für ein leistungsfähigeres Schienennetz gestritten

Von Ulrich Mendelin

BREGENZ - Sollen Züge über oder lieber unter der Erde fahren? In Vorarlberg wird gerade darüber diskutiert, wie der Bahnverkehr am östlichen Bodensee künftig aussehen soll. Die Österreichischen Bundesbahnen ÖBB haben dazu eine Studie vorgestellt – und mit der Empfehlung für einen oberirdischen Ausbau starke Kritik ausgelöst.

„Wir wollen alle nicht eine Eskalation wie bei Stuttgart 21“, sagte Vorarlbergs grüner Verkehrs-Landesrat Daniel Zadra Anfang Juli bei der Präsentation der ÖBB-Studie. Der Vergleich kommt nicht von ungefähr. Wie in Stuttgart könnte auch in Bregenz der Bahnverkehr komplett unter der Erde verschwinden, das ist zumindest eine Variante des geplanten Ausbaus. Und wie in Stuttgart droht eine Menge Streit. Um den zu dämpfen, setzt Zadra nun auf eine breite Diskussion mit allen Beteiligten.

Dass die Bahntrasse rund um Bregenz, zwischen der Grenze bei Lindau und dem Güterbahnhof Wolfurt, ausgebaut werden muss, ist inzwischen unstrittig. Zumal der Verkehr noch zunehmen dürfte, da auf deutscher Seite die Südbahn und die Allgäubahn mittlerweile elektrifiziert sind. Auf letzterer verkehren die Fernzüge München-Zürich, die sich bei Bregenz auf teils eingleisiger Strecke zwischen Pfänder und Bodensee entlang schieben müssen.

Die ÖBB haben nun drei Varianten untersucht: einen oberirdischen Ausbau, einen, der unterirdisch erfolgt und eine Mischung aus beidem. Ergebnis: Der oberirdische Ausbau sei vorzuziehen, weil die Bauarbeiten am wenigsten Beeinträchtigungen für Mensch, Natur und Grund-

wasser mit sich bringen, weil Strecken in der Bauzeit nicht komplett gesperrt werden müssten, und weil am günstigsten und am schnellsten gebaut werden könnte.

Kritiker der oberirdischen Variante wittern nun eine Vorleistung der ÖBB auf die billigste Variante. Zu denen, die an vorderster Front für eine Untertunnelung von Bregenz kämpfen, gehört die genossenschaftlich organisierte Interessengruppe Mehramsee. Ihr Vorstand Pius Schlachter schreibt es dem Engagement seiner Gruppe zu, dass der Bahn-Ausbau inzwischen überhaupt als notwendig erachtet wird. Das sei ein „großer Erfolg“, sagt Schlachter der „Schwäbischen Zeitung“. Er betont aber auch: „Die ÖBB ist das Vollzugsorgan. Bauherr ist die Republik Österreich beziehungsweise das Land Österreich“. Der Staat, so

Schlachter, müsse die Vorgaben machen und nicht wie die Bahn nach betriebswirtschaftlichen, sondern nach volkswirtschaftlichen Kriterien entscheiden. Es gehe auch um Fragen der Raumplanung und des Klimaschutzes – darüber müsse der Staat entscheiden. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er die unterirdische Variante für die einzige hält, die ein steigendes Verkehrsaufkommen auf der Schiene fassen kann.

Die Tunnel-Pläne sehen die Tieferlegung von gleich fünf Haltepunkten und den Bau eines neuen zwischen Bregenz und Lochau vor, außerdem eine ebenfalls unterirdische Anbindung der Gleise aus Richtung des schweizerischen St. Gallen. Von Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro ist die Rede, was angesichts steigender Baukosten nicht das letzte Wort sein dürfte. Trotzdem sagt et-

wa Martin Ohneberg, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg: „Es darf nicht immer nur der Plan mit dem geringsten Aufwand zum Zug kommen, sondern die zukunftsfähigste Lösung mit dem besten Ergebnis für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Umwelt.“

Mehramsee-Vorstand Schlachter ärgert sich darüber, dass die ÖBB vor allem mit den Kosten und dem geringeren Aufwand während der Bauphase argumentiert, während die Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes nach Ende der Ausbauarbeiten keine Rolle spiele. Zu den Befürwortern eines Tunnels zählt auch der Bregenzer Oberbürgermeister Michael Ritsch (SPÖ). Denn heute schneiden die Gleise die Stadt von Seepromenade, Seebühne und Festspielhaus ab. Verschwänden die Gleise unter der Erde, würde dies die Stadt attraktiver machen.

Und warum sollte der Tunnel nicht nach Deutschland verlängert werden, bis zum neuen Bahnhof Lindau-Reutin? Die Lindauer Oberbürgermeisterin Claudia Alfons (parteilos) ist skeptisch, vor allem aus Kostengründen. Auf den dann frei werdenden Flächen wäre auf deutscher Seite wohl nicht viel Stadtentwicklung möglich, sagt Alfons auf „Anfrage der Schwäbischen Zeitung“. Zumal „die Strecke bei uns durchs Gewerbegebiet geht und nicht so attraktiv und interessant ist wie in Bregenz entlang der Promenade.“

Zurückhaltend ist auch der Vorarlberger Verkehrs-Landesrat Zadra. Er will nun zunächst mit den Bürgermeistern der betroffenen Orte reden. Bis Ende des Jahres soll der Meinungsbildungsprozess abgeschlossen werden, im kommenden Jahr will die ÖBB ihre Projekte für den Ausbau des Bahnnetzes angehen.



Blick auf den Bahnhof von Bregenz (grünes Dach): Die Gleise trennen die Stadt vom Festspielhaus und vom Bodensee (nicht im Bild).

FOTO: BERND FEIL/IMAGO

Anwälte beantragen Haftprüfung für „Querdenken“-Gründer

Seit Ende Juni sitzt Michael Ballweg in Stuttgart in Untersuchungshaft

Von Sebastian Schlenker

STUTTGART (dpa) - Die Anwälte des inhaftierten „Querdenken“-Gründers Michael Ballweg wollen erreichen, dass der 47-Jährige schon bald auf freien Fuß kommt. Am Montagnachmittag gebe es einen Haftprüfungstermin, sagte der Anwalt Alexander Christ der Deutschen Presse-Agentur. Ein Sprecher des Amtsgerichts Stuttgart bestätigte das.

Dabei solle geprüft werden, ob der dringende Tatverdacht und die Fluchtgefahr weiterhin bestehen, sagte Christ, der innerhalb eines Teams aus Anwälten die Medienarbeit übernommen hat. Sie seien zuversichtlich, dass Ballweg nach der Haftprüfung auf freien Fuß komme.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt wegen Betrugs und Geld-

wäsche gegen Ballweg. Dieser sitzt seit dem 29. Juni wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft. Nach Angaben aus Justizkreisen besteht der Verdacht des Betruges in Höhe von rund 640 000 Euro sowie der Geldwäsche in Höhe von rund 430 000 Euro.

Laut einer Mitteilung beklagen die Anwälte Ballwegs, die Ermittlungsakte nur verzögert und „mutmaßlich nicht ganz vollständig“ erhalten zu haben.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart teilte dazu mit, sie habe den Verteidigern Akteneinsicht gewährt, „soweit hierauf Anspruch bestand und die Akten bereits vorlagen“. Im Hinblick auf die anstehende Haftprüfung bekämen die Verteidiger zudem weitere Aktenstücke zur Einsicht. Aus den Akten geht laut Christ hervor, dass

Ballweg finanzielle Zuwendungen für sich verwendet haben soll. Diese seien auf verschiedenen Konten eingegangen. Um damit Ausgaben täti-



Michael Ballweg werden Betrug und Geldwäsche vorgeworfen.

FOTO: DPA

gen zu können, habe es diverse Umbuchungen gegeben. Daraus leite die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Geldwäsche ab, erklärte Christ. Die gegen Ballweg vorgebrachten Verdachtsmomente seien durch keinen aus der Ermittlungsakte ersichtlichen Umstand gedeckt, befinden die Anwälte des „Querdenken“-Gründers.

Die „Querdenken“-Bewegung hat sich im Zuge der Corona-Pandemie von Stuttgart aus in vielen deutschen Städten formiert. Die Anhänger demonstrieren immer wieder öffentlich gegen die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Sie wird vom Verfassungsschutz beobachtet wegen verfassungswidrigen Ansichten, Verschwörungsideologien und antisemitischen Tendenzen.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leuzkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spächingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteure: Jürgen Mladek, Andreas Müller, Leiterin Digitale Strategie und Produkte: Steffi Dobmeier, Mitglieder der Chefredaktion: Katja Korf, Jochen Schloesser, Leitender Redakteur (Editor-in-Chief): Dirk Augustin, Politik: Katja Korf, Wirtschaft: Benjamin Wagener, Journal/Kultur: Jonas Voss, Sport: Martin Deck, Beilagen/Wochenende: Simone Haelele, Gestaltung: Hassan Al Mohtaseb, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann, Redaktion Berlin: Claudia Kling, Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel, Druck: SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg, Druckhaus Weingarten

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler, Karlstraße 16, 88212 Ravensburg, Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-9911499, Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139, Geschäftsführer: Lutz Schumacher

Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar, Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt, Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann, Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 74 vom 1.1.2022. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555, Telefax: 0751 / 29 555 556, E-Mail: aboservice@schwaebische.de, E-Mail: redaktion@schwaebische.de